

SYSTEMRELEVANT

Transkript: Folge 217

Von der Trump-Wiederwahl und dem Ampel-Aus

Bettina Kohlrausch und Sebastian Dullien besprechen die Wiederwahl Donald Trumps und das Ampel-Aus. Was kommt auf uns zu? Droht ein Verteilungskampf zwischen Sicherheit und Sozialstaat?

Marco Herack:

Heute ist Dienstag, der 12. November 2024. Willkommen zur 217. Ausgabe von Systemrelevant. Mein Name ist Marco Herack und die aktuelle Nachrichtenlage bringt uns heute zusammen. Donald Trump ist da. Die Ampel ist aus. Alles wird anders. Das wollen wir heute besprechen und dazu begrüße ich recht herzlich Bettina Kohlrausch. Guten Morgen.

Bettina Kohlrausch:

Guten Morgen!

Marco Herack:

Du bist Direktorin des WSI, dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung und Sebastian Dullien. Guten Morgen.

Sebastian Dullien:

Guten Morgen.

Marco Herack:

Du bist Direktor des IMK des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung bei der Hans-Böckler-Stiftung und an unsere Hörerinnen und Hörer vorweg wie immer der Hinweis, dass wenn ihr uns erreichen möchtet, könnt ihr uns per E-Mail antickern: systemrelevant@boeckler.de. Also Hinweise, Korrekturen, Unmut und Anregungen bitte einsenden. In den Shownotes findet ihr die Liste der sozialen Netzwerke und unsere weiteren Podcasts. Derer haben wir zwei und wir freuen uns natürlich sehr, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert.

Da haben wir ja heute zwei richtig schöne kleine Themen vor uns. Aber es es hilft ja nichts. Ich glaube, mit beidem werden wir uns in der Zukunft auch noch auseinandersetzen. Da ist natürlich zuvorderst Donald Trump, der jetzt zum Präsidenten der USA wiedergewählt werden musste. Wir werden ja in den nächsten Wochen und Monaten noch sehr viele Daten zu diesem US-Wahlkampf bekommen. Aber ich glaube, es zeichnen sich schon so ein paar größere Linien ab, warum, wieso und weshalb Donald Trump wiedergewählt wurde. Was weiß man denn da aktuell drüber, Bettina?

Bettina Kohlrausch:

Tatsächlich scheint ja irgendwie dieser alte Clinton Satz: It's the economy, stupid! einerseits natürlich nicht zustimmen, weil die wirtschaftliche Lage von oben betrachtet ja nicht schlecht ist. Aber wenn man jetzt auch von der Mikroebene sozusagen

guckt, dann ist es schon so, dass die Inflation die großen finanziellen Belastungen, die damit einhergehen, wohl offensichtlich da entscheidend waren. Auch wenn der Wahlkampf selbst ja auch eine ganz starke gesellschaftspolitische Variante hat. Aber da können wir vielleicht nachher noch mal drüber sprechen, was das eigentlich bedeutet für das Geschlechterverhältnis in den USA und auf der Welt vielleicht. Aber das auf jeden Fall diese starken Belastungen durch die Inflation, dass die gestiegenen Mieten, durch die Zinsen, durch die gestiegenen Hauspreise, dass das einfach zu einer Belastung gerade der unteren Einkommen geführt hat, die offensichtlich Trump für sich mobilisieren konnte. Das ist ja auch ein Zusammenhang, den wir aus der Forschung ganz gut kennen.

Ganz grundsätzlich gibt es sogar Forschung, die schon für den Anstieg oder Aufstieg des Faschismus in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts gezeigt hat, dass es Statuskämpfe, die einfach in verschärften Verteilungauseinandersetzungen immer die Folge sind, dass das sozusagen eine Situation ist, in der faschistische oder von mir aus auch rechtsextreme Erzählung extrem gut verfangen. Und ich glaube, das ist was, was wir eben auch hier sehen konnten. Dass in so einer Situation diese Erzählung von Migranten, die für das Elend verantwortlich gemacht worden sind, dass die eben gut verfangen konnte, also in Außenerzählungen. Und insofern scheint das der entscheidende Faktor gewesen zu sein.

Und andere Fragen, was ich selber auch bedauerlich finde, wie zum Beispiel die Frage reproduktiver Rechte, Frauenrechte. Das ist ja alles auch kein Kleinkram. Vor dem Hintergrund dieser finanziellen Belastung, die viele doch sehr stark gespürt haben, durch die Inflation, scheinen in den Hintergrund gerückt zu sein. Im Vorgespräch hat Sebastian schon gesagt, dass in ärmeren Counties Trump besser abgeschnitten hat. Ich habe für Individualdaten Zahlen gefunden, dass die Bildung den Unterschied gemacht hat, die korreliert auch mit der finanziellen Situation. Und man muss jetzt mal gucken, ob man im Nachgang noch mal differenziertere Analysen, auch Multivariate dann irgendwie für die Einkommenssituation findet, wo man das noch mal ein bisschen kausal analysieren muss. Aber das ist ja jetzt die Erklärung, die sich schon, wenn man die verschiedenen Zahlen, die es gibt, zusammenlegt, die sich da schon stark andeutet und durchsetzt.

Marco Herack:

Ja, Sebastian, wie ist es denn mit der Wirtschaft? Ist die so in den USA, dass man ganz unzufrieden sein muss mit Herrn Biden und dann in der Folge auch mit Frau Harris, oder wie ist das einzuschätzen?

Sebastian Dullien:

Ich meine, die USA hat natürlich auch einen Preisschock erlebt und es hat auch Schwierigkeiten gegeben mit dem wieder hochfahren der Wirtschaft nach COVID. Das war alles jetzt in der beiden Präsidentschaft. Aber wenn man es vergleicht, zum Beispiel mit Deutschland oder den europäischen Ländern, dann wächst die Wirtschaft in den USA relativ kräftig. Wir haben auch Reallohnzuwächse gesehen. Also das heißt, dort ist eigentlich der Inflationsschock ausgeglichen. Preise sind nicht

wieder gefallen, die Inflation ist hoch, die Preise sind dann gestiegen, die Preise sind oben geblieben, aber die Löhne haben sich einigermaßen angepasst. Das heißt so auf der aggregierten Ebene wird man sagen: Die Lage ist eigentlich ganz gut. Auch die Arbeitsmarktsituation ist jetzt nicht problematisch, hat sich auch verbessert. Also von daher, da würde man sagen, das alles läuft recht rund, aber dem widerspricht oder das ist nicht unbedingt das, was die Menschen fühlen und es verdeckt natürlich auch Unterschiede und Einzelschicksale. Ich habe mir gestern die Zahl noch mal angeguckt und war überrascht, dass eigentlich Unternehmensinvestitionen in den USA auch nicht so super sind. Also völlig super ist es da auch nicht.

Marco Herack:

Viele Sachen aus diesem Inflation Reduction Act laufen ja auch erst über die Zeit an und wirken nicht sofort. Also davon wird jetzt definitiv dann Donald Trump auch profitieren. Und in diese nicht so super rosige Lage hinein kommt dann dieses Inflationserlebnis in den USA für viele Menschen. Und Inflation ist ja nicht nur die Prozentzahl, die da steht, sondern es ist ja auch die nominale Zahl, die da steht.

Sebastian Dullien:

Die USA hatte auch einen Inflationsschub und ich meine, es geht ja auch vielen Menschen so, die jetzt bei uns einkaufen gehen, dass sie dann auf die Butter gucken und sagen „Wow, also das ist wirklich teuer geworden“. Und so was haben wir auch in den USA für eine ganze Reihe von Waren und Dienstleistungen. Die sind einfach teuer geworden. Das ist halt so, wenn man so einen Inflationsschub hat und die Preise sind eben nicht wieder gefallen. Was glaube ich bei diesem Inflationsschub noch mal besonders ist, ist, dass hier Sachen teuer geworden sind, die als Grundbedürfnisse gelten. Also in Deutschland haben wir ja auch diesen Anstieg der Lebensmittelpreise, das heißt, Lebensmittel sind stärker teurer geworden als andere Produkte. Und in den USA sind unter anderem auch die Housing-Kosten, also die Kosten für Unterkunft, deutlich gestiegen. Wohnen muss einfach jeder und jede. Und von daher betrifft das die Menschen noch mal ganz besonders.

Bettina Kohlrausch:

Und ich glaube, auch das ist jetzt gar nicht so leicht nachzuweisen. Also diese Preisanstiege sind extrem konkret für die Menschen und natürlich auch real belastend. Sie sind verunsichernd und wir sehen schon, dass Belastungen auch korrelieren. Das heißt, die Menschen wissen, wenn wir sie fragen: Warum fühlen sie sich belastet? Dann sehen wir schon zum Beispiel, dass die finanziellen Belastungen sehr, sehr stark nach oben gehen. Aber mein Eindruck war auch, was ja auch logisch ist, dass wenn man sich belastet fühlt, man vielleicht gar nicht so genau weiß warum. Und da verschiedene Dinge zusammenkommen. Und da muss man einfach sehen, dass wir in Zeiten gelebt haben oder leben, die auf sehr vielen Ebenen Verunsicherung mit sich gebracht haben. Dass so Erfahrungen wie zum Beispiel auch die COVID-Krise, auch wenn die jetzt in ökonomischen Daten nicht mehr nachvollziehbar ist, hat sie sich ja eingeschrieben in die Erfahrungen der Menschen und ist

noch gar nicht so weit weg. Und ich glaube, das muss man auch mal verstehen. Der Begriff der multiplen Krise oder, der Zick hat das genannt, das Gefühl dieser sich auftürmenden Krisen. Also wenn man das jetzt mal von einer sozialpsychologischen Ebene betrachtet, dann kann man die Inflation eben auch nicht als isoliertes Ereignis betrachten. Und da kann es auch einfach sein, dass nach mehrfachen Erfahrungen des Kontrollverlustes und so eine Krise, also so eine Pandemie ist ja der maximale Kontrollverlust für viele Menschen als Erlebnis, letztlich die nächste Entwicklung, von der man nicht weiß, wie existenziell die noch wird, wie belastend das noch wird und was als nächstes kommt und wie man sich dagegen schützen kann. Das muss man, glaube ich, einfach auch im Hintergrund haben, um das deuten zu können. Und das ist ja eigentlich eine ähnliche Situation wie auch bei uns.

Marco Herack:

Auch die Erwartungshaltung, was kommt als nächstes? Was muss ich noch alles erdulden und ertragen?

Bettina Kohlrausch:

Genau. In Deutschland kommt ja wirklich noch hinzu, ich glaube, das ist, ich weiß nicht, einfach, weil es näher dran ist, war der Krieg in der Ukraine glaube ich auch noch mal die größere Erschütterung. Als Krieg, jetzt. Also als Bedrohung, unabhängig von den ökonomischen Folgen.

Sebastian Dullien:

Eine wichtige Rolle hat vielleicht auch gespielt, dass die Menschen sich nicht ernst genommen gefühlt haben. Weil im Grunde hat das Biden-White House und auch Kamala Harris die Nachricht versendet oder immer wieder versucht stark zu machen, dass es der Wirtschaft so gut geht. Und wenn man jetzt selber sich belastet fühlt, sieht, dass die Preise gestiegen sind, fühlt, dass der eigene Lebensstandard gesunken ist und dann kommt von oben immer: Aber es ist doch alles super. Dann glaubt man vielleicht diesen Personen noch andere Dinge nicht.

Marco Herack:

Mir ist in den Analysen auch aufgefallen, dass so ein Glaube auch bei den Analysten drinsteckt, dass Harris ja gar keine andere Wahl gehabt hätte, als sich mit Biden zu verbünden, weil sie da ja in der Regierung saß. Aber ich meine, ich als Bürger bin doch in der Lage zu unterscheiden, ob jemand sagt: ‚Ist schon alles gut.‘ oder ‚Naja, wir sehen, dass es jetzt Probleme gibt in der Folge unseres Handelns und die will ich jetzt beheben‘. Und ich glaube, diese Aussage, die gab es ja in der Form nicht.

Bettina Kohlrausch:

Ich sehe das wie du. Kommunikation im Wahlkampf ist eben immer schwierig. Inwieweit kann man, wenn man aus einer Regierung kommt, für Neuanfang stehen? Das Problem haben ja die Akteure hier in Deutschland jetzt auch. Und inwieweit ist

es dann noch glaubwürdig? Aber ich glaube, mit einem Personalwechsel ist es auf jeden Fall glaubwürdiger. Also insofern hätte sie sich vielleicht auch noch stärker distanzieren können. Das ist halt immer. Ja, hinterher ist man immer klüger. Ich weiß nicht, ob so was wahlentscheidend ist. Am Ende sind das ja eher kommunikative Fragen.

Marco Herack:

Dann lasst uns mal einen Blick zunächst auf die USA werfen, was uns da jetzt droht. Ich glaube, die ersten Nominierungen von Posten deuten schon darauf hin. Überall die Hardliner. Die Hawks werden in die Posten reingehoben, das heißt, es sieht nicht so aus, als ob es da eine sanfte Vorgehensweise geben wird seitens Donald Trump. Sebastian, Zollkrieg. Da haben wir auch schon eine Folge drüber gemacht, die werde ich auch gerne in den Shownotes noch mal verlinken. Ich glaube, das ist eine Sache, mit der man sehr stark rechnen muss.

Sebastian Dullien:

Ja, ich würde davon ganz stark ausgehen. Das ist eines der wenigen Dinge, die Donald Trump sehr konsistent immer wieder verbreitet hat, dass er Zölle gut findet und dass er die Zölle erhöhen möchte und vor allem die Zölle gegen China, aber auch gegenüber allen anderen Ländern. Durchaus auch gegenüber Mexiko und Kanada. Das sind zwei Länder, wo eigentlich die USA sehr enge Partnerschaften haben und auch ein Freihandelsabkommen und die Ernennung oder die Ankündigung, Robert Lighthizer zu seinem Handelsbeauftragten zu machen. Die deutet schon darauf hin, wohin die Reise geht. Das ist jemand, der sehr lange in der Szene unterwegs ist, der auch ein Buch geschrieben hat, wo er sagt: Ja, also eigentlich ist Freihandel eine schlechte Idee und wir müssen das anders machen.

Von daher würde ich davon ausgehen, dass da auch was kommt. Und jetzt haben die Republikaner eine Mehrheit im Senat, wahrscheinlich eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus. Da wird ja noch bei einigen Distrikten ausgezählt. Und das Weiße Haus und damit wird er so was machen können. Und selbst wenn der Kongress dagegen ist, gibt es eine Reihe von Gesetzen, die schon Ermächtigungen für den Präsidenten und seinen Handelsbeauftragten haben, um solche Zölle einzusetzen oder zu erhöhen. Und von daher denke ich, da müssen wir uns einfach drauf einstellen. Die Frage ist jetzt, wie groß das wird, wie stark das wird und wie schnell das kommt. Ich bin mir ganz sicher, dass die Zölle am Ende der Trump'schen Amtszeit in den USA deutlich höher sein werden als heute.

Marco Herack:

Ja, also für Details dazu, wie sich das auch auf die deutsche Wirtschaft auswirkt, hört da gerne mal in unsere Zoll Folge rein. Dann haben wir noch den Themenbereich Klimawandel. Passend dazu hat ja gerade die COP angefangen dieses Jahr in Aserbaidschan, also die jährliche weltweite Klimakonferenz. Und ich glaube Klimaschutz und Donald Trump. Also ich habe jetzt nirgendwo gelesen, dass er da große Ambitionen hat.

Sebastian Dullien:

Nein, im Gegenteil. Ich glaube, es ist ja schon angekündigt worden. Ich weiß jetzt aber nicht, auf welcher Ebene, dass er aus dem Pariser Abkommen wieder austreten will und das schon vorbereitet wird, Naturschutzgebiete zu verkleinern, damit man mehr nach Öl und Gas bohren kann und fracken kann. Das bedeutet natürlich auch noch mal eine echt heftige Belastung für die deutsche Wirtschaft. Denn was wir hier sehen, ist, dass die USA weniger für den Klimaschutz tun werden. Ich würde davon ausgehen, dass bestimmte Teile des Inflation Reduction Acts in Kraft bleiben, weil die auch vor allem republikanischen Wahlkreisen helfen und dass gleichzeitig aber die Förderung von fossiler Energie gefördert wird. Das bedeutet, dass die Energie in den USA billiger wird, auch die fossile Energie. Das ist schlecht für das Klima, schlecht für den Planeten. Aber es erhöht natürlich noch einmal den Wettbewerbsdruck gegenüber Europa, wo man sich ja festgelegt hat, dass man eigentlich den Klimazielen folgen will und die Klimaziele einhalten möchte. Und das hat natürlich ganz massive Auswirkungen auch auf die Debatte in Deutschland. Also ich würde erwarten, dass ein Teil derjenigen, die sowieso nicht so für Klimaschutz sind, die werden jetzt noch viel stärker argumentieren: Guckt mal, wir machen nur einen kleinen Teil der der CO2 Emissionen aus. Und wenn die USA das jetzt auch nicht mitmachen, dann bringt es ohnehin nichts. Und dann wird natürlich auch noch mal der Druck von der Wirtschaft kommen, dass die eben ihre Wettbewerbsfähigkeit in Gefahr sehen. Und von daher wird es auch Druck geben, vielleicht mit dem Klimaschutz doch ein bisschen langsamer voranzugehen.

Marco Herack:

Rein auf Kostenbasis dann, dass die einfach geringere Kosten haben, weniger Investitionen in transformative Technologien.

Sebastian Dullien:

Ja, wir hatten ja schon die, die Debatten um die billigen US-Strompreise, um die billigen US-Gaspreise. Das hatten wir schon bei der Diskussion, inwieweit Produktionsstätten vielleicht künftig in den USA aufgebaut werden und eben nicht mehr in Europa und nicht mehr in Deutschland.

Marco Herack:

Und dann haben wir diesen, glaube ich, sehr einschneidenden Bereich: Ukraine, wo natürlich die Frage ist, ob die USA da weiter unterstützt. Da gibt es ja aktuell sehr widersprüchliche Signale, aber man rechnet im Grunde damit, dass da nicht viel unterstützt wird. Zelensky hat ja sogar durchblicken lassen, dass Biden von dem Paket im April auch erst 10 % gesendet hat, was natürlich auch verheerende Zahlen sind. Ja. Das heißt, das müssen wir dann gegebenenfalls machen.

Sebastian Dullien:

Wenn tatsächlich die USA die Unterstützung der Ukraine zurückfährt oder ganz einstellt, dann gibt es die Alternativen, dass da Europa einspringt. Soweit sie das

können. Ich würde jetzt mal vermuten, dass Donald Trump, wenn es nicht ums Geld geht, nichts dagegen hat, wenn US-Unternehmen auch Waffen in die Ukraine liefern, solange das jemand anders bezahlt. Donald Trump geht es da ja weniger um Prinzipien und mehr um das Ökonomische an der Stelle. Aber die Frage wird schon sein wer bezahlt das? Und da bleiben eigentlich nur die Europäer, oder wenn man es eben nicht macht, dann muss man mit den Konsequenzen leben. Und da würde dann drohen, dass wir wieder eine Flüchtlingswelle aus der Ukraine nach Europa bekommen. In die Europäische Union bekommen. Einige, auch in Regierungskreisen, malen da schon irgendwelche Zahlen von 3 bis 5 Millionen Flüchtlingen an die Wand.

Marco Herack:

Mit den entsprechenden gesellschaftlichen Spannungen, die dann damit verbunden sind und Kosten?

Sebastian Dullien:

Genau. Also klar, die fiskalischen Kosten sind davon schon enorm und dann ist das schon auch Stress für die Städte und Gemeinden. Wenn da auf einmal so viele Menschen reinkommen, die versorgt werden müssen.

Marco Herack:

Was die NATO betrifft, hat man zuletzt gehört Donald Trump will nicht aus der NATO raus. Allerdings habe ich auch immer wieder gelesen: Das heißt ja nicht, dass man sich darauf verlassen kann, dass die USA Europa dann helfen würde im Fall der Fälle.

Sebastian Dullien:

Der Artikel 5, also der der Beistandspakt bei der NATO, das geht nicht automatisch, dass dann amerikanische Soldaten meinetwegen ins Baltikum gehen, wenn dort Russland das Baltikum angreifen würde. Da muss noch eine explizite Entscheidung der USA und des US-Präsidenten gefällt werden. Und da hat Donald Trump mehrfach durchscheinen lassen, dass er das vielleicht dann eben nicht so tut. Das Problem ist ja hier auch schon, dass wenn er die Glaubwürdigkeit nicht da ist, dann ist das Risiko viel größer, dass das meinetwegen von Putin irgendwann mal ausprobiert wird.

Marco Herack:

Was wiederum zur Folge hat, dass Europa im Grunde wie auch bei der Ukraine da voranschreiten sollte, um sich selber absichern zu können. Soweit das geht.

Sebastian Dullien:

Der idealerweise schon, aber da haben wir natürlich das Problem, dass das auch bezahlt werden muss. Wir haben jetzt gesehen, die Ampelregierung ist ja nicht zuletzt an dem Streit um die Schuldenbremse und den Haushalt gescheitert. Und bei

der Frage der Verteidigung geht es dann nicht um 1 oder 2 Milliarden, auch nicht um 10 Milliarden, sondern da geht es ja um größere Summen. Wir hatten ungefähr 1 % des Bruttoinlandsprodukts bislang an Rüstungsausgaben, an Verteidigungsausgaben. Allein das NATO-Ziel wären 2 %. Wenn man jetzt davon ausgeht, dass da ein kalter, heißer was auch immer Krieg in unserer Umgebung ist. Dann müsste man noch darüber hinausgehen. Das heißt, wir reden hier von 50 Milliarden pro Jahr oder mehr. Und wenn man sich jetzt schon nicht einigen kann um ein paar Milliarden, dann sehe ich noch nicht, wo das herkommen soll.

Bettina Kohlrausch:

Ja, es ist tatsächlich, dass dann am Ende des Tages man für den dann doch nicht ganz unwahrscheinlichen Fall, dass Trump Präsident werden würde, nicht besonders gut vorbereitet ist auf vielen Ebenen.

Marco Herack:

Da hätte man sich jetzt halt vier Jahre darauf vorbereiten müssen.

Bettina Kohlrausch:

Ja, hätte, hätte, Fahrradkette. Ja, ja.

Marco Herack:

Aber wer hat denn diesen Donald Trump gewählt? Bettina? Was sind denn das für Typen? Weil daraus lässt sich ja vielleicht einerseits was für Deutschland lernen, weil wir sind ja jetzt auch vor einer Neuwahl. Kurz zur Erinnerung: Die wird dann irgendwann zwischen Januar und März nächsten Jahres stattfinden. Man sucht da noch nach Einigungsmasse, wahrscheinlich irgendwo in der Mitte. Aber wer war's denn? Und kann man da was lernen?

Bettina Kohlrausch:

Man kann was lernen daraus, was die entscheidende Erfahrung war. Was ich eben schon gesagt habe, eben die Belastung durch die Inflation und die finanziellen Belastungen. Ich habe noch nicht ganz verstanden, also es ist ja offensichtlich schon so, dass Frauen jetzt nicht mehrheitlich Trump gewählt haben, aber dass dieses Geschlechterthema auch nicht so stark polarisiert hat, dass die Frauen es herumgerissen haben, sozusagen. Genauso wie er in bestimmten Gruppen. Also die Schwarzen haben schon sehr, sehr eindeutig stärker Harris gewählt. Aber in anderen Gruppen wie bei den Hispanics ist es eben nicht so eindeutig. Und das heißt, dass diese ökonomische Frage oder diese materielle Frage eben offensichtlich die zentrale Frage ist und gesellschaftspolitische Fragen danach gelagert sind. Bzw. dass gesellschaftspolitische Konflikte dann von ganz vielen Leuten entlang ökonomischer oder vor dem Hintergrund dieser ökonomischen Konflikte gedeutet werden. Und dass also zum Beispiel die Migrationsfrage, obwohl es eben auch Quatsch ist, wenn Trump das wahr machen würde. Das konnte man ja auch in UK sehen, dass er die Migration stoppen oder sogar rückgängig machen möchte. Dann wäre das natürlich

auch eine krasse ökonomische Belastung. Es ist totaler Unsinn, aber in der Interpretation ist es ihm eben gelungen, diese Erfahrung von Benachteiligung von Menschen und starken Belastungen umzudeuten in eine Ablehnung zum Beispiel von Migranten. Und bei der ganzen Geschlechterfrage ist eben final. Verstanden habe ich es eigentlich noch nicht, aber es ist natürlich ein Element von Faschismus und man sieht, es findet es auch immer wieder in rechtsradikalen, rechtsextremen oder rechtspopulistischen Bewegungen. Dass diese Orientierung auf den starken Mann offensichtlich in Zeiten finanzieller Verunsicherung und großer Statuskämpfe irgendwie verfängt.

Also das heißt gewählt haben Ihnen Männer. Gewählt haben Ihnen Geringqualifizierte wahrscheinlich auch Menschen mit geringeren Einkommen. Und wenn wir uns die Situation in Deutschland angucken, wir haben ja letzte Woche oder vor zwei Wochen den Verteilungsbericht veröffentlicht, dann kann man sehen, dass wir auch eine Situation haben, in der die finanziellen Sorgen, jetzt mal unabhängig von den realen Belastungen, die wir auch sehen, aber dass die finanziellen Sorgen enorm hoch sind. Und dass die auch höher sind als zum Beispiel während der Pandemie und zumindest was wir messen in der Erwerbspersonenbefragung noch nie auf diesem Niveau waren und dass sie unverhältnismäßig stark steigen bei den unteren Einkommensgruppen. Das heißt, auch hier haben wir eben diese massiven Belastungen. Und wir haben natürlich auch ein ähnliches Politikangebot mit der AfD. Wenn es auch vielleicht im Auftritt und der Sprache manchmal noch etwas gemäßigter daherkommt. Ist es im Inhalt, sind es sehr ähnliche Angebote und insofern muss man, glaube ich, schon sehr grundsätzlich sich fragen und da muss man, glaube ich, sehr ernst nehmen, vor welchen Bedrohungen jetzt auch die Demokratie als Ganzes, das System, in dem wir leben, steht. Das würde ich lernen aus den USA.

Marco Herack:

Als die Ampel sich aufgelöst hat, hat Olaf Scholz ja gesagt, er würde gerne noch ein bisschen Kanzler bleiben, bevor es dann die Neuwahlen gibt, weil es ja zum Jahresende auch noch ein paar Sachen umzusetzen gibt. Darin so Sachen wie Demokratiestärkung oder Stärkung von Institutionen in der Demokratie, aber auch so Sachen, die einfach was für den Geldbeutel der Menschen bedeuten. Was will man, dass dann noch passiert? Und vor allen Dingen was sollte noch passieren?

Sebastian Dullien:

Wo machst du denn den Unterschied zwischen was will man und was sollte?

Marco Herack:

Naja, das eine ist ja das, was die die Noch-Regierung gerne umsetzen möchte und das andere ist, was unbedingt umgesetzt werden sollte. Stichwort: Ich finde in der Liste nirgendwo eine Schuldenbremse, würde aber sagen, die sollte jetzt noch umgesetzt werden, dass man die reformiert.

Sebastian Dullien:

Also wenn wir uns mal angucken, was da jetzt auch in den USA passiert ist, da würde ich sagen, es gibt so ein paar Lektionen daraus. Wenig überraschend, wo wir sagen würden, da muss man jetzt auch jenseits der nächsten Wahlen eigentlich was machen und was leisten. Und das ist eine Stabilisierung auch der sozialen Sicherungssysteme. Wir werden eine Debatte sehen, die hat auch schon angefangen, einen Generalangriff auf die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland. Wir haben wieder die Debatte, die Debatten, die wir schon vor 20 Jahren hatten. Oder vor 30 Jahren? Ist es vielleicht besser, wenn die Menschen, wenn sie krank werden, den ersten Tag Lohnkürzungen bekommen? Oder die erste Woche? Oder müssen wir Kürzungen beim Bürgergeld haben? Oder brauchen wir weniger Arbeitslosengeld, mehr Selbstbeteiligung im Gesundheitssystem usw.? Und ich glaube, das ist, wenn es um diese finanziellen Belastungen geht, auch gerade der Menschen in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung, dann sind das die falschen Schritte. Ist da ein bisschen das Problem, dass Friedrich Merz ja auch in diese Richtung argumentiert? Das heißt, wir wissen überhaupt nicht, wie die nächste Regierung sich da positioniert.

Es gibt aber ein paar Sachen, wo man jetzt sagen könnte, da sollten eigentlich alle, die ein bisschen gesamtgesellschaftliche Verantwortung haben, die sollten sich darauf einigen können. Und so Kleinigkeiten wie der Ausgleich der kalten Progression, das hast du eben schon erwähnt. Aber der große Elefant im Raum ist tatsächlich die Schuldenbremse. Wir haben in den letzten vier Jahren gesehen, dass die Schuldenbremse in der jetzigen Form eigentlich viel zu eng gezurrt ist. Die lässt nicht die Spielräume für die Dinge, die wir eigentlich brauchen. Also mehr Investitionen in öffentliche Infrastruktur, auch mehr Verteidigungsausgaben. Und gleichzeitig könnten wir mehr Kredite aufnehmen, ohne dass es ein Problem ist. So, und jetzt ist das Problem, dass man dafür das Grundgesetz ändern müsste. Das könnten Union, SPD und Grüne zusammen machen. Aber die Union hat das lange Zeit so als Wahlkampfthema auch genommen und hat sich da auch nicht sauber positioniert. Also Friedrich Merz sagt, er will eigentlich keine Änderung der Schuldenbremse. Ein paar der Ministerpräsidenten haben angedeutet, dass sie sich doch was vorstellen könnten. Aber eigentlich wäre es gut, das jetzt vor der Wahl abzuräumen. Denn wir wissen nicht, ob wir nach der Wahl tatsächlich noch eine Mehrheit im Bundestag für so was haben würden. Denn es kann sein, dass die AfD relativ stark wird, dass das Bündnis Sahra Wagenknecht relativ stark ist. Und wenn dann die FDP noch reinkommt, dann gäbe es keine Möglichkeit für eine konstruktive Änderung der Schuldenbremse und von daher wäre das schon eigentlich sehr gut gewesen, das jetzt auf den Weg zu bringen. Aber hier scheinen mir SPD und Union nicht in der Lage zu sein, darüber zu reden. Da wird man sich schon wünschen, dass die ein bisschen mehr miteinander reden und auch ein bisschen mehr nicht nur das Interesse der eigenen Partei, sondern das Interesse des Landes da im Blick hätten.

Bettina Kohlrausch:

Ja. Ich finde auch vor dem Hintergrund, was passieren könnte, wenn das BSW, wovon ich irgendwie noch nicht so 100 % überzeugt bin. Ich frage mich, ob das nicht doch eher ein Ostphänomen ist. Aber vielleicht irre ich mich auch. Aber wenn BSW und AfD wirklich sehr stark werden, dann hat man bestimmte Handlungsspielräume nicht mehr. Und da sollte man sich schon überlegen, was brauchen wir eigentlich, um gut durch diese Zeit zu kommen?

Das eine wäre tatsächlich die Schuldenbremse und das andere, aber auch da glaube ich, wird gar nichts passieren, aber eigentlich konsentiert ist ja auch schon dieses Demokratiestärkungsgesetz zum Schutz des Verfassungsgerichts. Und das verstehe ich wirklich nicht. Also wenn man das jetzt aus irgendwie purer Frackigkeit irgendwie nicht mehr durchkriegt, dann finde ich das wirklich verantwortungslos gegenüber dem Land.

Und ich möchte noch ein Thema aufbringen, von dem ich mir überhaupt keine Hoffnung mache, dass da überhaupt nur einer der drei Herren, die sich berufen fühlen, das Land in Zukunft zu führen, dran denkt: Wir hätten im Bundestag jenseits von Fraktionszwängen auch eine Mehrheit, im Moment noch, um reproduktive Rechte zu stärken. Und wenn man zum Beispiel nach Frankreich guckt, wo das gemacht worden ist, wenn man gleichzeitig in die USA kommt, wo das ein ganz zentrales Wahlkampfthema war und es so ein Rückbau der reproduktiven Rechte von Frauen gegeben hat, das ist ja wirklich existenziell für viele Frauen, ist lebensbedrohlich. Dann wäre es auch verantwortungsvoll, gegenüber der Hälfte der Bevölkerung hier darüber nachzudenken, ob man nicht doch noch mal an den Paragraph 218 herangeht. Genauso Gewaltschutzgesetz. Ich bin mir ganz sicher, dass das nicht passiert. Das spiegelt ja auch irgendwie die gleichstellungspolitische Bilanz der letzten drei Jahre. Es ist halt nur die Hälfte der Bevölkerung und die Frauen nehmen das glaube ich schon auch wahr und zur Kenntnis, dass ihre Belange, die, wie ich schon gesagt habe, nicht irgendwie ein bisschen Firlefanz sind, sondern wo es um existenzielle Fragen der Gesundheitsversorgung oder des Schutzes von Leben oder körperlicher Unversehrtheit geht, dass die einfach überhaupt keine Rolle spielen, das finde ich schon etwas, was man einfach konstatieren muss. Denn aktuell sind ja immer ein, zwei vermeintlich progressive Parteien an der Regierung oder in der Regierung.

Marco Herack:

Da hat ja die Wahl in den USA jetzt nicht gerade dazu beigetragen, dass sich das bessern wird. Wenn ich da so drauf gucke.

Bettina Kohlrausch:

Nee. Auf keinen Fall. Aber gerade vor dem Hintergrund, dass man weiß, wohin einen die Reise da führen kann, sollte man doch vielleicht darüber nachdenken, wie man reproduktive Rechte vernünftig schützen und absichern kann.

Marco Herack:

Ja. Ähnlich gut sieht es ja für den Sozialstaat aus. Also ich habe ein Interview mit Herrn Linnemann in der FAZ gelesen. Da sieht er einfach mal so jeweils 10 Milliarden Sparpotenzial beim Bürgergeld und bei Migranten. Durch Härte und weniger Gaben. Also da steht uns ja auch was bevor. Das Ganze natürlich unter der Maßgabe, dass die Schuldenbremse nicht gelockert wird. Aber dagegen ist ja die Union und so will man sich dann das Geld dahin sparen, was man dann für andere Sachen braucht, wie zum Beispiel Rüstung. Und damit sind wir ja auch ganz klar in diesem Verteilungskampf zwischen Sicherheit und Sozialstaat, den man ja eigentlich eher vermeiden sollte.

Bettina Kohlrausch:

Ich würde das als Wahlkampf bezeichnen, schon, und das wird genau die Richtung sein. Also wir werden eine verschärfte Debatte über den Sozialstaat haben und ich habe ja schon eben gesagt und ich glaube das wirklich, dass diese Statuskämpfe und auch das Befeuern von Statuskämpfen, dass das wirklich ein Raubbau an der Demokratie ist. Und genau das ist ja diese Debatte über den Sozialstaat. Dass man Grenzen ziehen möchte zwischen vermeintlich Arbeitswilligen und vermeintlich Faulen. Ich will überhaupt nicht bestreiten, dass es auch im Bürgergeld Missbrauch gibt. Genauso wie sich nicht alle an Verkehrsregeln halten und schon gar nicht mal an die Steuergesetzgebung. Aber dass das dazu einlädt, die Ausgestaltung des Bürgergeldes, das zeigt die Forschung doch recht eindeutig, ist halt schlicht und ergreifend nicht der Fall. Und das wissen ja auch alle. Das heißt, es geht ja um was ganz anderes. Es geht wirklich um das Befeuern von Statuskämpfen, weil die CDU irrtümlicherweise glaubt, dass sie da irgendwie von profitieren könnte. Sie tut es nicht. Auch das wissen wir eigentlich aus der Forschung ganz gut. Das schadet aber der Gesellschaft und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt als Ganzes. Und ich meine, da müsste jetzt Sebastian was zu sagen, was denn da auch real noch einzusparen ist beim Bürgergeld, ob diese Rechnung eigentlich monetär überhaupt aufgeht. Da hätte ich nämlich auch erhebliche Zweifel, dass das zumindest irgendwie auf der Ebene sachlogisch richtig wäre, was die da behaupten.

Sebastian Dullien:

Tatsache beim Bürgergeld ist ja, dass es Verfassungsgerichtsurteile gibt, die bestimmte Mindeststandards festlegen und von daher ist es begrenzt, was man da einfach rauskürzen kann. Wir sehen ja schon diese Diskussion darüber, ob man jetzt im nächsten Jahr das Bürgergeld vielleicht kürzen könnte, was auch prozedurale Probleme mit sich bringt, weil es ja ein bisschen zu stark erhöht worden ist. Wenn man die Anpassungsformeln sich eigentlich anguckt, da reden wir von irgendwas unter einer Milliarde. Also ich habe da Schätzungen gesehen, die um 900 Millionen liegen. Ich glaube, bei Christian Lindner stand das mit einer Milliarde in seinem Papier drin. Da sieht man schon, von welchen Größenordnungen wir hier reden. 1 Milliarde von einem Bundeshaushalt von mehreren 100 Milliarden und die Lücke war jetzt immer noch bei 10 Milliarden. Und ich habe ja eben schon gesagt,

möglicherweise reden wir einfach nur bei der Anpassung der Verteidigungsausgaben an das NATO-Ziel von 50 Milliarden pro Jahr. Also da ist nicht so viel zu holen. Wo man wahrscheinlich was machen könnte, wenn man das wollte, ist, wenn man sagt, man behandelt die geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainer eben anders als die Inländer. Wahrscheinlich kann man damit was tun. Den könnte man dann weniger Geld geben. Aber die Frage ist, ist das eigentlich das, was wir wollen? Und auch dann reden wir irgendwo von kleinen einstelligen Milliardenbeträgen. Also nicht der Größenordnung, um die es tatsächlich geht. Und selbst wenn man es jetzt hinkriegt, diese Menschen in Jobs zu kriegen, weil dann wird ja argumentiert, dann wächst die Wirtschaft und dann hat man Steuereinnahmen usw., dann muss man sich ja auch klar machen, das sind ja viele, die im geringqualifizierten Bereich arbeiten würden oder im Bereich mit relativ geringen Einkommen. Das heißt auch da ist es nicht richtig was zu holen. Mich wundert es ehrlich gesagt auch, wie man dieses Ausspielen zwischen äußerer und innerer Sicherheit, wie man sich davon irgendwas verspricht. Also eigentlich kann man das nur machen, wenn man die Ukraine nicht wirklich unterstützen möchte. Das ist ein sehr, sehr zynisches Spiel, denn wenn man die Bevölkerung fragt, wollt ihr lieber, dass euer Geld in der Ukraine für Waffen ausgegeben wird und dafür kürzen wir die Rente oder dafür kriegt ihr keinen Zahnersatz mehr. Ich glaube, wie dann abgestimmt wird, ist relativ klar. Und das ist ja auch genau der Grund, warum Wladimir Putin zum Beispiel in Russland alles mögliche versucht, um die Bevölkerung abzuschotten von den Auswirkungen des Krieges. Und übrigens praktisch alle Länder, die im Krieg sind, die bemühen sich, dass es eben gerade nicht diese Wahl gibt zwischen Butter und Kanonen, wie man das so gerne ausdrückt, sondern dass man der Bevölkerung suggeriert, dass der Krieg für sie möglichst wenig Konsequenzen hat. Und hier in Deutschland scheint man das nicht zu tun und scheint man auch offensichtlich diese Erkenntnis nicht zu haben, dass man genau auf die Art und Weise die Unterstützung für die Ukraine in der Bevölkerung untergräbt.

Bettina Kohlrausch:

Noch mal eine Sache, wenn man den Druck erhöht, also das ist ja die Idee, dass man dann die Leute auch schon im vorseilenden Gehorsam sozusagen schneller in den Arbeitsmarkt gehen. Und ich halte das wirklich für eine absolute Fehlanalyse der Ursachen, warum wir so Phänomene wie Langzeitarbeitslosigkeit haben. Und ich halte das auch in Zeiten von Fachkräftemangel für die absolut falsche Herangehensweise. Wahrscheinlich kann man Leute, wenn man den Druck ins Unendliche erhöht, irgendwie noch in die allerletzten Jobs prügeln. Aber erstens haben wir auch schon im Nachgang der Agenda 2010 gesehen, hat man dadurch Effekte, dass man den ganzen Niedriglohnsektor stärkt. Man erhöht den Druck auf den Arbeitsmarkt gerade im Niedriglohnsegment und man zwingt die Leute in irgendwelche Jobs. Und das brauchen wir nicht. Ja, wir brauchen qualifizierte Jobs. Das heißt, die Leute brauchen Qualifizierung, Unterstützung, eine nachhaltige Integration. Die Leute, die daran im Moment scheitern, die werden das nicht plötzlich gewuppt kriegen, wenn

man die Rhetorik verschärft und den Druck auf sie erhöht. Im Gegenteil. Das ist einfach kontraproduktiv. Es bringt einfach nichts.

Und noch mal zu der Frage, dass die Leute, also wenn man Leute fragt Zahnersatz oder Ukraine, was die CDU ja im Moment macht, ist ja, so zu tun, als wären nur die von Kürzungen betroffen, die es aus irgendwelchen Gründen auch verdient haben. Das ist natürlich totaler Unsinn und das ist auch genau das, was ich mit Statuskämpfen gemeint habe. Und das wird auch nicht aufgehen. Natürlich werden von Sozialstaatskürzungen am Ende sehr, sehr viele Leute betroffen sein. Aber im Wahlkampf wird das Argument ja sein: Wir kürzen nur bei denen, die den Sozialstaat ausnutzen. Aber das ist natürlich so eine Entsolidarisierungsrhetorik, die einfach am Ende wirklich auch auf so einer Werteebene das Fundament, was wir jetzt eigentlich auch gerade als Gesellschaft bräuchten, um durch diese Krisen der kommenden Jahre zu kommen, unterhöhlt und am Ende auch dazu führt, dass es erodiert. Wir sind ja schon in so einer Situation und das ist einfach ein Konjunkturprogramm für antidemokratische Parteien. Autoritäre Parteien.

Marco Herack:

Das spricht alles dafür, dass wir und Bettina, du hattest das glaube ich, letztens auf Twitter geschrieben, dass es doch vielleicht einen polarisierten Wahlkampf gibt, der sich dann doch mit der Verteilungsfrage beschäftigt. Und die Frage ist, ob da auch alle mitmachen, oder?

Bettina Kohlrausch:

Genau. Ich habe gesagt, wenn ich die SPD wäre, dann würde ich tatsächlich einen Verteilungswahlkampf versuchen zu führen. Man führt den jetzt natürlich aus der Defensive und ich glaube, der Punkt ist. Was gelingen muss: Man muss einen inklusiven Solidaritätsbegriff nach vorne stellen, der eben nicht diese Ausgrenzungslogik bedient, weil man da einfach nur verlieren kann und weil ein Sozialstaat so auch nicht funktioniert. Und das Problem ist natürlich, dass jetzt extrem wenig Zeit bleibt, um das tatsächlich auch inhaltlich vorzubereiten oder weniger Zeit als gedacht. Aber am Ende des Tages sind es Verteilungsauseinandersetzungen, die wir führen. Und ich glaube, es ist klug, sie als solche zu benennen und nicht andere Konfliktlinien, wie zum Beispiel die der Migration. Es ist für mich keine Verteilungsdebatte, darüber zu reden, wer angeblich den Sozialstaat missbraucht. Eine Verteilungsdebatte wäre zu führen, wäre eigentlich, wer welche Rechte hat in diesem Sozialstaat und wer eigentlich nicht? Den ausreichenden Beitrag zum Gelingen dieser Gesellschaft im Moment leistet. Das wäre für mich ein Verteilungswahlkampf. Und ich glaube, damit würde man das Problem adressieren, dass tatsächlich auch viele Menschen spüren oder erleben in unserer Gesellschaft und nicht Pseudoprobleme wie, ich habe es eben schon gesagt, die der Migration.

Marco Herack:

Aber trotzdem stehen wir ja vor einer Gesellschaft, die sich zunehmend polarisiert. Also ich sehe noch nicht das Ende dieser Polarisierung aktuell.

Bettina Kohlrausch:

Also ja, ich glaube, es gibt eine Polarisierung. Also wir haben das bei den Vermögen extrem. Eine extreme Ungleichheit. Wir haben ja jetzt auch tatsächlich bei den Einkommen, bei uns haben wir noch mal eine Zunahme der Ungleichheit oder vor allen Dingen eine Zunahme von Armut auch gesehen. Auf so einer Ebene haben wir natürlich eine Polarisierung. Ob wir entlang dieser gesellschaftspolitischen Themen, die immer so nach vorne gestellt haben, die Polarisierung tatsächlich in der Gesellschaft haben, die immer unterstellt wird, da bin ich mir gar nicht so sicher. Also ich weiß es wirklich nicht, man müsste sich noch mal angucken. Also Steffen Mau hat ja in seinen Triggerpunkten das Argument gemacht, das war natürlich jetzt auch schon vor ein paar Jahren im Feld, dass wir an diesen Themen eigentlich nicht so eine starke Polarisierung haben. Aber es gibt sozusagen ein Interesse bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, diese Themen zu polarisieren.

Wir haben in unserem ‚Lebenslagen Projekt‘ tatsächlich schon gesehen, dass es am Thema der Fragen des Klimaschutzes eine Polarisierung gegeben hat. Also es gibt tatsächlich auch eine Zunahme von Leuten, die sich explizit dagegen aussprechen, irgendwas gegen den Klimawandel zu tun. Und es gibt aber auch noch mal eine Zunahme bei den Menschen, die sich deshalb sorgen. Also da zeichnen sich dann schon Polarisierungen ab und ich glaube, man muss das jetzt mal genauer beobachten. Aber gerade wenn man unterstellt, es gibt eine Polarisierung der Gesellschaft und in materieller Hinsicht sehen wir das ja, dann stellt sich ja die Frage, an welchen Punkten kann man eigentlich dem was entgegensetzen? Also wo kann man Menschen noch zusammenführen? Und da gehört zum Beispiel ein funktionierender Sozialstaat und funktionierende Daseinsvorsorge. Ganz wichtig: Bildung, Pflege, Gesundheit sind für mich Orte, die eben auch ausgleichend wirken, wo Menschen einfach zusammenkommen. So was wie ein common ground in der Gesellschaft. Und die müsste man eher ausbauen, anstatt sie zusammenzukürzen.

Marco Herack:

Und spielt das nicht auch in dem Bereich der Zukunftsausgaben rein, Sebastian? Also im Grunde müsste man ja auch irgendwo mal beginnen, ein Bild der Zukunft von Deutschland zu zeichnen, mit dem die Leute auch was anfangen können.

Sebastian Dullien:

Ja, das wäre schön. Und meine Wahrnehmung ist schon, dass die Menschen im Moment oder sehr viele Menschen im Moment abgegessen sind, weil die Dinge nicht so funktionieren, wie sie es eigentlich erwarten und wie sie es auch erwarten können. Dass es Ewigkeiten dauert, bis man einen Termin kriegt, um einen Personalausweis zu bekommen. Dass es keine Facharzttermine gibt, dass die Deutsche Bahn Verspätung hat, dass die Brücken einstürzen. Und da haben eigentlich die Menschen den Anspruch, und auch den gerechtfertigten Anspruch, dass der Staat funktioniert. Und das passiert im Moment nicht. Und darüber wird auch gar nicht geredet, wie man diesen Staat jetzt dazu bringt, dass er wieder funktioniert. Stattdessen werden dann Senkungen des Solidaritätszuschlags von der CDU und der FDP

vorangebracht und leider auch von SPD und Grünen nicht wirklich klar gemacht, wieso ein lebenswertes Land in zehn Jahren aussehen könnte und wie man da jetzt hinkommt.

Marco Herack:

Damit wären wir am Ende der Folge mit diesem rosigen Ausblick. Ich bedanke mich recht herzlich bei Bettina Kohlrausch und Sebastian Dullien. Danke schön.

Bettina Kohlrausch:

Danke dir.

Sebastian Dullien:

Danke.

Marco Herack:

Ja, wenn ihr dazu noch ein paar Gedanken habt, die würden uns interessieren sendet sie uns an systemrelevant@boeckler.de. Das ist unsere E-Mail-Adresse. Also Hinweise, Korrekturen, Unmut und Anregungen bitte dorthin. In den Shownotes findet ihr die Liste der sozialen Netzwerke sowie unsere weiteren Podcasts. Und wir freuen uns natürlich, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. Vielen Dank fürs Zuhören. Euch eine schöne Zeit und bis nächste Woche. Tschüss.